

13.29

Abgeordnete Martina Schenk (STRONACH): Herr Präsident! Werte Mitglieder der Bundesregierung! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei diesem Tagesordnungspunkt in der heutigen Debatte wurde meines Erachtens sehr viel geredet, aber sehr wenig Neues, und es wurden kaum Lösungsvorschläge präsentiert. Ich denke, wir sind uns alle einig, dass es betreffend die EU Änderungen und Lösungen geben muss. Leider haben heute allerdings Vizekanzler und Kanzler meines Erachtens keine konkreten Vorschläge gemacht. Diese Lösungen sind sie schuldig geblieben.

Es wurde von meinen Vorrednern schon angesprochen, dass es auch Panikmache seitens der Regierung gegeben hat. Die Regierung wirft den Oppositionsparteien, den rechtspopulistischen Parteien Panikmache vor und macht es selbst auch.

Wir haben schon vieles über die ganzen wirtschaftlichen Schlechterstellungen, die finanziellen Schlechterstellungen et cetera gehört. Der Standort bestimmt immer den Standpunkt, und je nachdem, von welcher Seite man etwas sieht, wird es dann auch entsprechend präsentiert. Übrig bleiben der Bürger und die Bürgerin, die diese Debatte verfolgen und sich dann nicht mehr auskennen, was tatsächlich wahr ist und was nicht.

Die Unzufriedenheit mit der EU ist sehr groß. Wir können immer wieder hören, dass von der abgehobenen EU-Führung gesprochen wird. Natürlich sind wir alle die EU, wir sind Mitglied in der EU. Aber wir sind ja nicht alle dort direkt vor Ort. Meine sehr geehrten Damen und Herren, unsere Vertreter vor Ort repräsentieren uns, das österreichische Volk, und vor allem das, was die Bürgerinnen und Bürger wollen, in der EU oft nicht so, wie sie es tun sollten.

Kanzler und Vizekanzler haben in ihrer Erklärung heute eher allgemeine Punkte und nichts Besonderes festgehalten. Vizekanzler Mitterlehner muss man zugutehalten, dass er gesagt hat – er hat das ja auch nach dem Brexit in einem Interview gesagt –: „Europa muss sich möglichst rasch neu aufstellen.“ – Da sind wir sicher auf seiner Seite, und damit hat er auch recht. Nur ist das auch nur eine Floskel, das sind nur Schlagworte, hinter denen nicht viel steckt.

Anders sieht es schon bei Kanzler Kern aus. Er möchte am liebsten gar keine Diskussion. Nicht einmal diskutieren darf man über etwas, ein Referendum ist schon gar nicht angedacht. Es sollte, wenn möglich, auch keine Diskussion stattfinden. Es ist auch erstaunlich – und das wird, denke ich, auch für die Zuseherinnen und Zuseher erstaunlich sein, vor allem auch für die noch vorhandenen Wähler der SPÖ –, dass

sich der neue Kanzler nicht mehr an die vorgegebene Linie von Faymann und Gusenbauer hält oder sich dieser Linie gegenüber nicht mehr verpflichtet sieht. Er möchte nämlich in Österreich keine Volksabstimmung über künftige Änderungen der EU-Verträge abhalten lassen. Das hat er unlängst in einem Interview gesagt. Auf der einen Seite wird also ein neuer Stil gepredigt, ein neuer Weg mit mehr Bürgereinbindung – wir müssen offener werden, wir müssen die Bürger abholen –, und auf der anderen Seite wird gesagt: Nein, über künftige Änderungen der EU-Verträge möchte ich keine Volksabstimmung in Österreich und ich fühle mich nicht mehr an die bisher vorgegebene Linie von Gusenbauer und Faymann gebunden. – Das muss hier auch gesagt werden und sollte nicht unerwähnt bleiben. *(Beifall beim Team Stronach sowie des Abg. Doppler.)*

Was an der EU leider zu kritisieren ist, ist das Versagen in der Flüchtlingskrise. Das liegt ja klar auf dem Tisch. Das kann man nicht wegdiskutieren, auch wenn man sich noch so sehr bemüht.

Was kommt von der EU noch? – Eine Abschaffung des Bargelds wird angedacht. Der gläserne Bürger wird angedacht. Die Entwaffnung der Gesellschaft, der rechtstreuen Bürger wird angedacht. Das alles sind Verschlechterungen. Damit werden die Bürger drangsaliert, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das lassen sich viele zu Recht nicht mehr gefallen. *(Beifall beim Team Stronach.)*

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch die EU-Waffenrichtlinie ansprechen, die ja schon seit einiger Zeit diskutiert wird und in Verhandlung steht. Da steht so viel Unrichtiges – um keinen Ordnungsruf zu bekommen – drinnen, dass es hier den Rahmen sprengen würde, alles auszuführen. Ich werde das aber sicher noch im Rahmen einer anderen Debatte machen.

Ich möchte aber Dr. Jürgen Siegert zitieren, der unlängst an alle österreichischen EU-Abgeordneten einen offenen Brief geschrieben hat. Dr. Siegert – für alle, die es nicht wissen – war jahrelang im Bundesministerium für Inneres für das Waffengesetz zuständig, hat dort auch als Jurist und Waffenexperte mitgearbeitet und war maßgeblich daran beteiligt. In diesem offenen Brief steht – ich zitiere –:

„Gerade nach dem für Europa wohl besonders bedenklichem Referendum in Großbritannien ist es emotional besonders gefährlich, mit Regelungen ‚von oben‘, die die Menschen nicht verstehen, weil die Logik und die Notwendigkeit nicht zu erkennen ist, zu belasten. Es wäre für die Einheit Europas überaus schädlich, wenn man ohne erkennbaren Grund, große Bevölkerungsgruppen – die Besitzer legaler Waffen und

deren Angehörigen sind sicher mehr als 1 ½ Millionen Österreicherinnen und Österreicher! – nachhaltig verärgern würde.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das sollte Ihnen schon zu denken geben. Das ist auch symptomatisch dafür, was in der EU alles falsch läuft: Von oben herab wird irgendetwas vorgesetzt, ohne es genau zu überdenken, ohne Experten beizuziehen, nur um anzuschaffen und um den mündigen Bürgern irgendetwas vorzuschreiben. In diesem Fall sollen sie entwaffnet und entrechtet werden. Das kann es nicht sein, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall beim Team Stronach.)*

Unerwähnt lassen möchte ich in diesem Zusammenhang auch nicht, was auch der EU-Rechnungshof immer wieder kritisiert hat, nämlich wie mit Steuergeld umgegangen wird und wie auch Geld verschwendet wird. Man sollte sich vor Augen führen, dass 2014 6,3 Milliarden € ohne Rechtsgrundlage ausgegeben wurden. Das hat der EU-Rechnungshof festgestellt. 15 Milliarden € sind bei der EU irgendwo im Entwicklungshilfebereich versickert. Da gibt es keine Nachprüfungen, da wird nichts kontrolliert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da fragen sich die Bürgerinnen und Bürger zu Recht: Ist das wirklich das, was wir wollen? – Die EU prüft jeden Grashalm, der nicht gerade steht, und die Landwirte werden kontrolliert und drangsaliert. Auf der anderen Seite verschwenden sie das Geld, das ihnen nicht gehört, sie hauen es mit beiden Händen beim Fenster hinaus.

Es gibt also viele, viele Probleme. Leider ist jetzt die Zeit zu kurz, aber Gott sei Dank werden wir heute nicht das letzte Mal darüber diskutieren. Es gibt da sehr viel zu tun.

Ich schliesse auch mit den Worten, die Klubobmann Strolz vorhin gesagt hat: Wenn sich nicht rasch etwas ändert, ist die EU mausetot. – Da bin ich ganz bei ihm. – Danke.
(Beifall beim Team Stronach sowie der Abg. Doppler und Franz.)

13.36

Präsident Ing. Norbert Hofer: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Themessl. – Bitte.